lischen Kapitals gegen eine Industrialisierung seiner Kolonie Indien, entwickelt sich dieses langsam aber stetig zu einem Industrieland. Folgende beide Tabellen mögen das beweisen:

Einfuhr nach Britisch-Indien:

	1925/26	1924/25	1922/23	1913/14
Wert in Mill. Rupien	2260,8	2466,3	2327,1	1832,5
Wert in Mill. RM.	3478,2	3445,6	2900,7	2495,7

Ausfuhr aus Britisch-Indien:

	1925/26	1924/25	1922/23	1913/14
Wert in Mill. Rupien	3853,5	3981,7	3143,3	2488,8
Wert in Mill. RM.	5928,6	5562,9	3918,1	3389,6

Diese Statistik, die letzte vorliegende, ist nicht mehr neu, an verschiedenen Einzelbeispielen haben wir aber wiederholt bewiesen, daß gerade im letzten Jahre die Industrialisierung Indiens Fortschritte gemacht hat. Bei den Tabellen ist zu beachten, daß die Ausfuhr eine weit größere Steigerung aufzuweisen hat als die Einfuhr. Daraus muß geschlußfolgert werden, daß das Land sich in steigendem Maße mit den Produkten der eigenen Industrie selbst versorgt. England hat durch Indien einen starken Verlust erlitten. Wohl hielt die amerikanische Industrie der indischen stand, nicht aber die englische. Während Indien in der Vorkriegszeit aus England mehr als zwölfmal so viel Waren bezog als aus den Vereinigten Staaten und Japan zusammen, ist das Verhältnis in den letzten Jahren nur noch wie 1:3½. Im Export war England vor dem Kriege mit einem knappen Viertel beteiligt, heute ist es ein Viertel. Der Export nach Japan ist stark gestiegen; der Export nach den Vereinigten Staaten ist stabil geblieben. Der Vormarsch Indiens auf dem Weltmarkt ist um so bemerkenswerter, als das Land außerordentlich belastet ist durch Gehälter und Pensionen, die nicht mal im Lande verzehrt werden, sondern nach England gehen, an die Bütteln des englischen Kapitals, die ehemals Indien unterdrückten.

Noch deutlicher drückt sich Indiens wirtschaftliche Verselbständigung aus, wenn man die Warenposten für sich betrachtet:

Einfuhr nach Britisch-Indien nach Warengruppen
(In Millionen Reichsmark)

	Lebens- und Genußmittel	Rohstoffe und Halbfabrikate	Fertige und halbf. Waren
1913/14	335,8	143,8	1976,9
1922/23	386,1	231,6	2236,2
1924/25	509,9	293,8	2591,9
1925/26	506,9	322,9	2590,5

Ausfuhr aus Britisch-Indien nach Warengruppen
(In Millionen Reichsmark)

	Lebens- und Genußmittel	Rohstoffe und Halbfabrikate	Fertige und halbf. Waren
1913/14	889,8	1679,3	785,7
1922/23	916,7	994,9	969,0
1924/25	1923,8	2762,2	1260,5
1925/26	1281,7	3143,2	1451,7

Indien ist nach dieser Tabelle zwar noch immer das Aufmarschgelände für Rohstoffe der englischen Industrie, es verarbeitet sie aber in steigendem Maße selbst, wie die steigende Ausfuhr von Fertigfabrikaten es beweist. Auch der Import von Rohstoffen stieg, wenn er auch erst 10 Prozent der Gesamteinfuhr beträgt.

Fast vier Fünftel des gesamten indischen Imports kamen in der Vorkriegszeit auf Fertigfabrikate. Auf der anderen Seite fielen ca. drei Viertel des indischen Exportes auf Lebensmittel und Rohstoffe; die Entwicklung in der Nachkriegszeit zeigt zwar dieselbe Tendenz, aber in abgeschwächter Weise! Der Import der Fertigfabrikate ist zurückgegangen. Der Import von Rohstoffen stieg, wenn er auch erst 10 Prozent der Gesamteinfuhr beträgt.

Hier ist ein Rückgang im Lebensmittel- und eine Steigerung im Rohstoffexport zu konstatieren, der darauf beruht, daß Indien Baumwollartikel auszuführen beginnt. Das bedeutet, daß England nur in einem sehr zähen Kampfe in Indien eine eigene Industrie zuläßt, daß es auf alle Weise versucht, in Indien zu halten, was es in China nicht halten kann.

Die Ausfuhr Japans und Chinas ist zahlenmäßig und prozentual mehr gestiegen als der Britisch-Indien. Japan hat gegenüber der Vorkriegszeit seinen Außenhandel verdoppelt. China hat ihm um rund die Hälfte gesteigert. Das kleine, dichtbevölkerte Japan ist aber auch ein reines Veredelungsland geworden und in China hat der Krieg die Einfuhr stark gesteigert. Britisch-Indien dagegen verbraucht den größten Teil seiner Industrieprodukte selbst. Der zähe Kampf Britisch-Indiens um seine wirtschaftliche und politische Verselbständigung und die glückliche Lagerung von Kohle und Eisen bieten die Gewähr dafür, daß das Land dem europäischen Kapitalismus bald noch größere Schmerzen bereiten wird. Für das Proletariat bedeutet das steigende Verelendung, solange es sich die Ausbeutung gefallen läßt.

Aus der Internationale

Der Sozialismus in Oesterreich

Wien, 17. August 1928.

Zwei Länder gibt es auf der Welt, in denen der Sozialismus aufgebaut wird: Rußland und — Oesterreich. Da gibt's nichts zu lachen, das sind traurige Dinge. Die Bourgeoisie hat verschiedene Methoden, das Proletariat vom wirklichen Kampf um den Sozialismus, von der Revolution, abzubringen. Eine einfache Methode besteht darin, den Sozialismus als eine Utopie hinzustellen, als eine Träumerei, die mit ehernen etc. im Widerspruch steht und nie und nimmer usw. Eine andere, schon etwas bessere Methode, bezeichnet den Sozialismus als eine großartige Sache, die sicherlich einmal kommen wird, aber erst in später Zeit, wenn unsere Kinder und Kindeskinder etc., wenn die Menschen besser sein werden und wenn überhaupt einmal bessere Zeiten kommen werden. Die dritte und beste Methode hat man nach dem Krieg erfunden: Wie, wenn es der Bourgeoisie mit Hilfe der „Arbeiterparteien" gelingt, ein ungeheures Theater aufzuführen, so, als ob der Sozialismus **schon da wäre?** Wenn der Sozialismus schon da ist, dann braucht man keine Revolution mehr, dann kann man aus dem Arbeiter die dreifache Leistung herauspressen um den halben Lohn, denn er arbeitet ja für „sich selber", für den Aufbau des „Sozialismus", und verlangt ein Aufrührerischer mehr Lohn, so kann man ihn nach Sibirien schicken, denn er ist ja ein Konterrevolutionär, der den „Sozialismus" sabotiert! Mit einem Wort, der Kapitalismus gedeiht nie besser, als wenn der „Sozialismus schon da" ist. Dieser gigantischste Bluff der neueren Geschichte, das Ziel des Klassenkampfes als schon erreicht hinzustellen und den Kapitalismus Sozialismus zu nennen, ist die Methode Moskaus und sie wird dilettantisch nachgeahmt in Wien.

Nach dem blutigen 15. Juli 1927 glaubten die revolutionären Proletarier in Oesterreich, daß dies Ereignis wenistens die eine gute Seite haben wird, der Legende vom roten Wien ein Ende zu machen, daß es den Sozialdemokraten nicht mehr gelingen wird, die von Blutströmen rote Stadt als eine sozialistische Gemeinde hinzustellen. Aber die menschliche Dummheit ist größer als jede meßbare Größe. Wie eh und je gehen die öden Roßtäuscher mit dem „roten Wien" hausieren und die Welt fällt ihnen darauf herein. Es ist daher notwendig, einmal von Grund aus den ganzen Schwindel vom Sozialismus in Oesterreich bloßzustellen.

Faktisch besitzt die Sozialdemokratie, welche fast die Hälfte der Parlamentsmandate innehat, im Staat **nicht die allergeringste Macht.** Im Parlament besteht ihre Tätigkeit darin, sich überstimmen zu lassen, auf der Straße wagt sie nicht einmal mehr die harmloseste Demonstration zu machen, ausgenommen das obligate Volksfest am 1. Mai. Die Partei ist sich ihrer absoluten Bedeutungslosigkeit auch vollkommen bewußt und strebt daher einmütig und mit ganzer Kraft nach der Koalition. Sie will wenigstens ein bischen „mitregieren". Die Herrschaft des Kapitals ist die schrankenloseste, die Ausbeutung furchtbar. Ein Hilfsarbeiter verdient im Monat 120 Schilling, das sind 71 Mark. Eine Schneiderin hat 90 Schilling, eine Kontoristin oft nur 60 Schilling monatlich. Natürlich sind nicht alle Löhne so niedrig. Ein Stadtrat z. B. bezieht in der „roten" Gemeinde 3000 Schillings monatlich. Dafür hat ein Arbeitsloser wieder nur 75 Schilling auf den Monat, das sind 44 Mark, so gleicht sich alles aus im „Sozialismus".

Die Zahl der Arbeitslosen läßt sich überhaupt nicht schätzen. Amtlich werden nur diejenigen gezählt, die eine Unterstützung erhalten. Jene Zehntausende, die keine mehr erhalten, und jene, die nie eine erhalten haben, weil sie nie gearbeitet haben, sondern schon seit dem Verlassen der Schule arbeitslos sind, werden nicht gezählt. Drei- und vierjährige Arbeitslosigkeit ist etwas alltägliches. Man kann annehmen, daß in Wien jeder vierte erwerbsfähige Mensch erwerbslos ist. Ja, aber der Mieterschutz! Dafür brauchen ja die Leute keinen Zins zu zahlen! Allerdings. Woher sollten sie ihn auch zahlen? Der Mieterschutz besteht nicht deshalb, weil ihn die Sozialdemokraten so heldenhaft mit Trommeln, Pfeiferln und Kinderklappern im Parlament verteidigt haben, sondern er besteht, weil die vollkommen bankrotte österreichische Wirtschaft nicht imstande ist, das Häuserkapital zu reproduzieren, weil es physisch unmöglich ist, aus den gänzlich verelendeten Massen auch noch den Goldzins herauszuholen! Man müßte die Hälfte der Bevölkerung delogieren. Auch in dem faschistischen **Polen** besteht heute noch der Mieterschutz. Nicht, weil ihn Pilsudsky hält, sondern aus rein wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Wo nichts ist, hat eben auch der Hausherr das Recht verloren, das ist das ganze Mysterium des Mieterschutzes. Aber die gewaltige Aufbautätigkeit der Gemeinde! Die Bauten, die Bäder . . . stehen in geradem Verhältnis zu der Ziffer der Selbstmorde. Der Mieterschutz und die Wohnbautätigkeit, das sind die beiden Hauptschlager, mit denen die Partei die Massen des Kleinbürgertums gewinnt. Objektiv gibt es in Wien gar keine Wohnungsnot. Vor dem Kriege betrug die Einwohnerzahl zweieinviertel Millionen, heute 1 800 000 und die nimmt noch beständig ab. Im Jahre 1927 war die Zahl der Geburten um 5574 niedriger als die der Todesfälle, (in der Stadt des Sozialismus), wozu noch die Auswanderer kommen. Aber jeder Lump, der etwas auf sich hält, hat eine Wohnung von zehn Zimmern, Zins braucht er ja nicht viel zu zahlen, und sein lieber Mitbürger, der keine Wohnung hat, kann zwischen den Ziegellagern der Gemeindebauten schlafen oder unter den Brücken der elektrifizierten Stadtbahn. Die Obdachlosigkeit hat nicht im geringsten abgenommen, denn was auf der einen Seite die Gemeinde an Wohnungen hervorbringt, das erwirbt auf der anderen Seite die Bourgeoisie, (natürlich in Form von größeren Wohnungen), durch Kauf und „Ablöse". So ist die ganze Wohnbaupolitik die reine Danaidenpolitik, ein Wasserschöpfen mit Fässern ohne Boden: für den armen Teufel kann die Wohnungsnot niemals beseitigt werden, solange man nicht der Bourgeoisie die Wohnungen wegnimmt. Darüber ist sich die SP. vollkommen im klaren, aber sie braucht diese Wohnbauten, weil sie die unbezahlbarste Wahlreklame sind; der Kleinbürger sieht, das etwas geleistet wird. So werden für diesen Zweck ungeheure Summen an Steuergeldern aus den Knochen eines verhungerten Volkes herausgepreßt, damit das Baukapital seinen Profit hat und die SP. ihren Wahlschlager.

Und nun kommen wir zum letzten Kapitel: der Faschismus in Oesterreich. Durch die Schweinepolitik der Sozialdemokraten im allgemeinen, am meisten aber durch ihr offenes Zusammengehen mit den Christlichsozialen in den Ländern, hat das Proletariat den Glauben an den Sozialismus verloren. Hierin liegt ja die Tragödie der Arbeiterklasse, daß sie durch das Versagen und den Verrat der alten Organisationen nicht die Kraft schöpft, neue zu schaffen, sondern den Glauben an die Sache selbst verliert und sich schließlich dem Faschismus ergibt. Seit Jahr und Tag arbeitet die Bourgeoisie an dem Aufbau der faschistischen „Heimwehren" in der Provinz. Diese Heimwehren sind glänzend ausgerüstet, werden täglich stärker, rücken immer näher an Wien heran und sollen es schließlich überschwemmen. Vorderhand ist allerdings ihr Arbeitsfeld noch draußen. Die gelben Arbeiter kommen in die Betriebe, die „roten" fliegen hinaus. Vor einiger Zeit sind in der österr. Provinz Verzweiflungsstreiks gegen die Heimwehrbewegung ausgebrochen, sie wurden von der Sozialdemokratie niedergeschlagen. Niemals wird die SP. das Proletariat gegen den Faschismus mobilisieren, denn sie fürchtet sich vor der Revolution tausendmal mehr als vor dem Faschismus. Mit diesem wird sie sich schon irgendwie einigen à la d'Aragona. Die Heimwehrhäuptlinge sprechen bereits in ihren Zeitungen vom „Marsch auf Wien". So sieht es in Oesterreich, dem Paradepferd der II. Internationale, in Wirklichkeit aus. — Die komm. Arbeiter-Gruppe Oesterreichs steht nun vor der Aufgabe, die Massen des städtischen und ländlichen Proletariats zu erwecken aus dem politischen Todesschlaf, sie aus dem Weg zum Untergang herauszureißen in das Licht der Freiheit. Den internationalen Genossen aber sollen diese Aufklärungen über das wahre Oesterreich ein Ansporn sein, nicht zu erlahmen in dem großen Kampf gegen eine Welt von Lüge und Gemeinheit — und lägen Berge auf uns, dennoch muß das Werk gelingen!

Aus den Wirtschaftsbezirken

Weißenfels

Die alte Utopie.

Im Weißenfelser Konsum-Verein, einer der Hauptsäulen der Komm. Partei im Halle-Merseburger Bezirk, entlarvt sich die reformistische Idee, als wäre es im kapitalistischen Staat möglich sozialistische Einrichtungen zu schaffen — für jeden denkenden Arbeiter recht anschaulich! Während in diesem sogenannten Arbeiter-Betriebe die schlimmsten Antreibermethoden herrschen, was ja der fanatisch eingestellten Arbeiterschaft der SPD. und KPD. als kommunistische Notwendigkeit selbst in Mitgliederversammlungen der Partei, sowie in den Zellenversammlungen der KPD. plausibel gemacht wird, ist es an der Zeit, daß sich das Weißenfelser Proletariat mit diesen proletarischen Säulen beschäftigt. Während der ganzen Zeit, wo die KPD. die uneingeschränkte Mehrheit im Vorstand und Aufsichtsrat hatte, wehrten sich die Angestellten der KPD. des Konsumvereins, irgend einem SPD.-Angestellten ein Härchen zu krümmen, weil ja ihre Politik auf inniges einheitliches Arbeiten mit der Einheitsfronttaktik ihrer Partei Schritt halten mußte. Anders stellten sich die Helden ein, als einige bisherige Kommunisten durch den von Stufe zu Stufe sinkenden Weg zum Reformismus die KPD. verließen und sich zur damaligen E. L. bekannten. Es setzte ein wüstes Hetzen und Schikanieren ein, die alle kommunistischen Methoden in den Schatten stellt. Der in der Arbeiterbewegung stehende Genosse H., welcher Gewerkschaftskartellkassierer war, und auf Grund seiner politischen Einstellung dieser konterrevolutionären Organisation den Rücken kehrte und in die Allgemeine Arbeiter-Union eintrat, hatte als bisheriger Funktionär der Gewerkschafts- und Parteibewegung darunter am schlimmsten zu leiden. Bis es eines schönes Tages dieser Klique gelang, ihn dafür verantwortlich machen zu wollen, daß der Motor im Bäckereibetrieb angeblich die ganze Nacht gelaufen wäre, obwohl der verantwortliche Schichtführer nichts gehört hat am abend, als sie den Betrieb verlassen haben und der Betriebsrat J. das ebenfalls bestätigen mußte. Ebenfalls brachten sie auf dem Gewerbegericht allerhand auf einmal entdeckte Fahrlässigkeiten vor, und so gelang diesen erhabenen Leute ihr schändliches Handwerk, diesen rev. Genossen aus der Arbeit zu bringen.

Letzt vor einigen Tagen war der Intern. Genossenschaftstag, wo die Genossenschaften des Bezirksverein Weißenfels-Naumburg und Umgebung Werbeplakate anschlug, wo sie die Angestellten und Arbeiter aufforderten, Mitglied ihrer Genossenschaft zu werden. In großen Lettern wurde angepriesen „der Konsumverein als ökonomische Stütze" der proletarischen Arbeiterbewegung, frei von kapitalistischen Interessen und frei von persönlichen Vorteilen. Wie in Wahrheit diese angeblichen Grundsätze, durch die man glaubt, die Proletarier bei der Stange halten zu können, aussehen, noch ein leuchtendes Beispiel: Daß bei den Arbeitsmethoden des Konsumvereins den einzelnen beschäftigten Arbeitern nichts geschenkt wird, wissen alle Arbeiter. Daß aber die Entlohnung derselben in diesem sogenannten Arbeiterbetrieb vielmehr den kapitalistischen Profitinteressen des Konsumvereins zum Opfer fallen, wird jeder Mensch begreifen, der sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Im vorigen Jahr, als die Teuerungswelle um sich griff, wurden den Arbeitern ganze 15 Pfg. pro Woche (nicht etwa pro Stunde, wie es die Teuerungsentwicklung verlangt hätte) und auch im Jahre 1928 wurde den Arbeitern eine Zulage von 2,— Mk. pro Woche gewährt, obwohl doch jeder Arbeiter weiß, daß gerade alle kapitalistischen Industriezweige, die sich ja in ihrer Niedergangsepoche befinden, durchschnittlich das Doppelte durch Schiedssprüche anerkennen müssen. Auf der anderen Seite sieht man aber, daß für die Bonzen immer Geld vorhanden ist, denn ihre Gehälter stiegen in diesem Jahre, die der beiden Geschäftsführer auf 500 Mk. pro Monat, zwei andere, darunter der des Sekretärs von 280 Mk. auf 450 Mk. Das läßt sich hören. Man sieht also, die sozialistische Idee marschiert. Noch toller ist jedenfalls das Bravourstückchen des Sekretärs des Konsumvereins, der wunderbar nachgerechnet hat, daß bei Verringerung des Personals um einen Chauffeur und einen Beifahrer und die Vergebung deren Fahrtätigkeit an einen „Privatunternehmer" der Konsumverein pro Jahr glatte 1000 Mk. ersparen. Eigentlich wunderbar Herr kommunistischer Sekretär! Warum wird dieses Rechenexempel nicht dahingehend erweitert, daß allen Schmarotzern am Körper dieser sogenannten sozialistischen Säule ihre Gehälter verringert wird oder auf das Niveau, mit dem die ausgemergelten Proleten ihr Dasein fristen müssen. Denn es ist klar, angenommen z. B. anstelle des Sekretärs, der ein jährliches Gehalt von 5400 Mk. bezieht, tritt eine weibliche Kraft, die bestimmt die Verarbeitung des statistischen Materials und sonstiger Agitationsstatistik in derselben Weise durchführen könnte, und den Konsumverein im höchsten Falle 200 Mk. Monatsgehalt kostet, würde eine Ersparnis von glatt 3000 Mk. pro Jahr bringen. Also wie gesagt, das wären Probleme, mit denen sich die Proleten schon einmal beschäftigen könnten. Die Entlassung des Chauffeurs und des Beifahrers hatten natürlich noch ein Nachspiel vor dem Arbeitsgericht. Auch vor dieser Instanz blieb es als wunderbarer Anschauungsunterricht für das Weißenfelser Proletariat, wie der komm. Verwaltungsvertreter des Konsumvereins gegen die ebenfalls in der Komm. Partei organisierten zwei entlassenen Arbeiter die schäbigsten Mittel anfahren ließen, um das Arbeitsgericht von der Notwendigkeit der Entlassung der beiden komm. Arbeiter im Interesse des kapitalistischen Profits des Konsumvereins. Aber selbst das Arbeitsgericht war wohl nicht ganz so reaktionär eingestellt wie der Weißenfelser Konsumverein, denn der Konsumverein mußte den Arbeitern noch einige Wochen Lohn zahlen. Daß diesen traurigen Helden, die sich Vertreter der KPD. nennen, nicht die Schamröte ins Gesicht steigt bei ihren schändlichen Rationalisierungsmethoden! Recht interessant ist jedenfalls noch die Tatsache, als der Arbeiterrat und die entlassenen Arbeiter einen Artikel über diese schändlichen Methoden der kommunistischen Verwaltung im „Klassenkampf" und in dem „Volksboten", Organe der KPD. und SPD. veröffentlichen wollten, wurde dieser glatt von beiden Seiten abgelehnt, mit der Begründung, daß dieser Artikel den Interessen des Konsumvereins zuwider läuft und als Schädigung des Konsumvereins angesehen werden müsse. Genau so ging es den Genossen, als sie die Veröffentlichung ihres Artikels in ihrer Gewerkschaftszeitung verlangten. Auch dort wurde er unter diesem Hinweis abgelehnt, die Veröffentlichung vorzunehmen. Diese 2 Genossen der KPD. sind auf Grund dieser Methoden der Komm. Partei und ihrer Funktionäre aus der Partei selbst ausgetreten. Hoffen wir, daß die Erkenntnis sich weiter dahingehend bei ihnen entwickelt, daß sie den Weg finden zur revolutionären Klassenorganisation des Proletariats, der Allgemeinen Arbeiter-Union.

Organisatorische Mitteilungen

Chemnitz.

Nächste öffentliche Diskussion am Sonnabend, den 25. August, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur Linde" am Theaterplatz. Sympathisierende Leser der „KAZ." und des „Kampfruf" sind hierdurch eingeladen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: B. Schwamann, Berlin-Britz. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur. W. Iszdonat, Berlin O 17; Langestr. 79.

9. Jahrg Nr. 50

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 25. August 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Rüstung des Kapitals — Rüstung des Proletariats!

Arbeiter, Klassengenossen!

Die Sozialdemokratie hat für ihre Bereitschaft, den Panzerkreuzer zu bewilligen, fünf Minuten gebraucht. Fünf Minuten dauerte die Kabinettssitzung, und innerhalb dieser fünf Minuten fällte sie diese „schwerwiegende Entscheidung".

Was bedeutet das?

Das bedeutet, daß die „Macht", die Ihr durch den Stimmzettel ausübt, nicht nur keine „Macht" ist, sondern Ihr setzt damit die Verrärer eurer Klasse erst in die Lage, Verrat an Euch zu üben. Ihr seht daran: durch den Parlamentarismus züchtet Ihr selbst den Verrat.

Die Sozialdemokratie hat Euch verraten.

So schallt es in allen Gassen und Gauen. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Die ganze Wahrheit ist, daß die Arbeiter, die von der Sozialdemokratie etwas anderes erwarten als Verhöhnung des Proletariats und aktive Unterstützung der Konterrevolution, die Taten dieser Partei in Krieg und Revolution vergessen haben müssen. Wem die konterrevolutionäre Fratze der II. Internationale noch nicht deutlich genug ist, wer von ihr nicht „Verrat" erwartet, der erwartet von dem Teufel, daß er ihn in den Himmel führt.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich nur selbst treu geblieben!

Sie haben aus dem Ruf Marxens: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch" gemacht: Proletarier aller Länder schlachtet Euch! Sie waren die niederträchtigsten Kriegshetzer. Sie haben dem Militarismus die Stiefel geleckt. Sie haben einen Spitzelapparat organisiert, um die „Hochverräter" ihren Auftraggebern auszuliefern. Sie haben die Revolution im Blute erstickt. Sie haben die Schlichtungsordnung geschaffen. Sie wurden von jungen Huren zu alten Betschwestern. Sie haben den alten Kapitalismus, der Krieg verloren hatte, und bettelten um den **kapitalistischen** Frieden. Sie beteten in Zeiten der Ohnmacht der deutschen Bourgeoisie ihr verlogenes pazifistisches Vaterunser. Aber was sie taten, taten sie im Dienst des Kapitals.

Die deutsche Bourgeoisie aber wittert wieder Morgenluft!

Aus dem „schwachen Deutschland" wurde ein „gleichberechtigter Staat". Die „Neuereinteilung der Welt" wird von neuem vorbereitet. Die Dunkelkammern der internationalen Diplomatie arbeiten. Bündnisse, offen und geheim, laufen von Land zu Land, kreuzen sich. Fieberhaft wird gerüstet, — um den „Frieden" zu erhalten. Die Kriegstechnik arbeitet — abgeschlossen vor den Blicken der Oeffentlichkeit. Die hereinbrechende Weltwirtschaftskrise erhöht die politischen Spannungen. Die Möglichkeiten kehren wieder, wo „das Vaterland" in Gefahr gerät", und die Sozialdemokratie es „nicht im Stich läßt".

Das ist der Sinn des Panzerkreuzers.

Nicht sein militärischer Wert steht zur Diskussion, sondern ein Prinzip. Nach der Logik der Sozialdemokratie sollte er nur deswegen nicht gebaut werden, weil sein Gefechtswert zu gering ist. Bessere größere können gebaut werden! Aber, Proletarier, was wißt Ihr von den **wirklichen** Rüstungen? Was wißt Ihr von den **wirklichen** Vorbereitungen? Was wißt Ihr von den wirklichen Möglichkeiten vorbereiteter Organisation für moderne Kriegsrüstung? Ihr wißt nichts! Ihr wißt nur, daß die rasend entwickelte Technik, die geheimen militärischen Verbände, in ganz kurzer Zeit ermöglichen, was früher erst in Jahren ermöglicht wurde.

Und weil das so ist, deswegen bedeutet die zynische Bereitschaft der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften die zynische Vorbereitung eines neuen internationalen Halsabschneidens für das Proletariat.

Wollt Ihr das?

Wenn Ihr das nicht wollt, dann müßt Ihr begreifen, daß Ihr mit einer Politik brechen müßt, die kein anderes Ergebnis zeitigen kann. Zu dieser Politik gehört auch der Versuch der KPD., durch einen „Volksentscheid" die Macht der Bourgeoisie zu brechen. Ueberlegt! Es ist dies derselbe Schwindel, wie die Wahlmanöver der SPD. Mit dem Stimmzettel könnt Ihr das Kapital nicht angreifen, nicht schlagen und erst recht nicht besiegen. Der Stimmzettelkoller der KPD. ist weiter nichts, wie der Versuch, Eure Wut für eine Politik auszunützen, die im Grunde genommen — **sozialdemokratisch** ist.

Die SPD. bewilligt Panzerkreuzer. Die KPD. deckte die Granatenlieferungen für die Reichswehr durch Rußland! Die SPD. bewilligt den Militäretat — die KPD. lehnte ihn ab, nur weil ihre Abänderungsanträge nicht angenommen wurden, **aber sie war bereit, Millionen für Marine, Heer, Polizei, Justiz usw. zu bewilligen*).** Die SPD. unterstützt den Militarismus der Bourgeoisie ihres Vaterlandes — die KPD. unterstützt die Bourgeoisie, die mit Rußland verbündet ist: in Litauen, in der Türkei, in Afghanistan usw. Die SPD. bewilligt Hindenburg ein Spielzeug in Gestalt eines Panzerkreuzers, und Moskau dem Amauallah eines in Gestalt eines Ehrensäbels der „Roten Armee". Die SPD. handelt mit „Sozialismus", um ihre konterrevolutionären Pläne zu verwirklichen, und die III. Internationale und ihre Sektionen mit „Kommunismus".

Die Rüstung des Proletariats

kann nicht gefördert werden durch negative Proteste und durch Wiederholung derselben Fehler unter anderer Phraseologie. Die Rüstung des Proletariats muß sein die **Zertrümmerung** der parlamentarischen Organisationen, weil diese zu Werkzeugen der Bourgeoisie geworden sind. Vierzehn Jahre wurde Ihr durch die verhängnisvollen Irrwege, trotzdem 1914 jedem denkenden Arbeiter klar werden mußte, daß der Bankrott der II. Internationale begründet lag in dem Organisationssystem und der parlamentarischen Taktik. In diesen vierzehn Jahren seid Ihr von Niederlage zu Niederlage geschritten — und Eure Führer wurden immer „mächtiger".

Rafft Euch endlich auf!

Verlaßt die Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien und arbeitet an dem **Zusammenschluß** Eurer Klasse in **Betriebsorganisationen!** Die großen Sklavenreservoire sind die natürlichen Zentren Eurer Kraft, die von Betrieb zu Betrieb verbunden, die ganze Klasse zu einer selbstbewußten Einheit schmieden muß. Nur so ist ein wirklicher Kampf gegen das Kapital möglich. Nur so könnt Ihr **selbst** handeln. Nur so wird Arbeitersolidarität über Führerverrat siegen.

Die Kommunistische Arbeiter-Partei, die Partei der revolutionären Kommunisten, die wissen, daß der Kommunismus die proletarische Wahrheit ist, und die es ablehnen, Euch mit der Lüge vom „Arbeiterstaat" in Rußland zu traktieren, wird Euch mit ihrem ganzen Können, ihren Erfahrungen, ihrem unerschütterlichen Willen zum Siege vorangehen. Aber helfen müßt Ihr Euch selbst! Und darum müßt Ihr auch selbst den Anfang machen.

Der Geist von 1914 geht wieder um. Der Parlamentarismus blüht. — bald werden die Früchte reifen auf militärischem Gebiete, wie sie schon reiften auf dem Gebiete des „wirtschaftlichen Aufbaues". Zu Millionen Erschlagener kamen Millionen Verhungerter. Und schon künden die Aasgeier das kommende blutige Fest.

Ihr habt nichts mehr, gar nichts mehr zu verlieren! Das Proletariat kann nur siegen im Zeichen der **Räte!** Es kann die kapitalistische Katastrophe nur erfolgreich überwinden durch die Vorbereitung und Aufrichtung seiner Klassendiktatur!

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.

*) Reichstagsdrucksache 2192 und 2193.

Die Panzerkreuzerpolitik der sozialdemokratischen Parteien

Durch die Panzerkreuzeraffäre, die Tausende von Arbeitern in Erregung gebracht hat, ist eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung aufzuwerfen, soll alles Drum und Dran überhaupt einen Sinn haben. Das ist die Frage: Hat die Sozialdemokratie nach dem Kriege eine solche Wendung ihrer Politik vorgenommen, daß die Bewilligung der Mittel für den Bau besagten Panzerkreuzers als ein Rückfall in die Politik der „Vaterlandsverteidigung" angesehen werden kann? Davon kann wohl keine Rede sein. Die Sozialdemokratie ist der Politik, die 1914 greifbar blutige Fogen für das Proletariat zeitigte, in allen Einzelheiten treu geblieben. Es ist nötiger denn je, dies immer wieder festzustellen; weil nur so das Proletariat gegen Ueberraschungen gesichert ist. Man darf von einer Distel nicht Feigen ernten wollen. Will man es trotzdem und flucht über die Gemeinheit der Distel, wenn sie den Hoffenden enttäuscht, so spricht dies wirklich nicht für die Intelligenz des Fluchenden und Schimpfenden.

Die Sozialdemokratie ist eine bürgerlich-demokratische Partei! Das soll noch nicht einmal eine „Herabsetzung" sein, sondern nur die Feststellung einer Tatsache. Ihr Kampf galt nach der zusammengebrochenen Monarchie der Republik, und die Sozialdemokratie meint damit die Republik, die da ist, und diese Republik ist **kapitalistisch!** Der verlorene Krieg hat dieser Republik die Flügel stark beschnitten. Wer das Spiel verliert, muß, und erst recht nach einem Kriege, die Zeche bezahlen, wenn, wie in diesem Falle, diese Zeche auch aus dem Proletariat herausgeschunden wird.

Jedoch nichts ist beständig in dieser Welt; auch nicht das Weltbild, das sich die Sieger von der Herrschaft über die kapitalistische Welt zurechtgelegt haben. Die arg zerzauste, an den Ohren gezwickte Republik und ihre Regierer sind nicht blind dafür, daß die wachsenden Gegensätze in der kapitalistischen Welt die Werte neu umwerten, die gegeneinanderstehen. Das „siegreiche Frankreich" ist heute durch riesige Schulden in starke Abhängigkeit von Amerika geraten. Seine einstige äußerlich imposante militärische Kraft gebrochen. Langsam gibt es seine Pfänder frei und räumt die besetzten Gebiete; wenn auch langsam, aber es folgt dem Druck. England hat Mühe, sein „Mehreich" zusammenzuhalten; und um den Gegenspieler auf dem europäischen Kontinent, Frankreich, in Schach zu halten, hat es öfter als einmal der deutschen Republik den Rücken gestärkt. Der amerikanische Botschafter feierte eben durch kräftige Reden den Stapellauf der „Europa" und der „Bremen", nicht um der außergewöhnlichen Eigenschaften der deutschen Pazifisten willen, sondern weil überschüssiges Kapital der Gläubigerländer der Welt in deutschen Handel und deutsche Produktion seinen Weg finden muß, sollen seine Besitzer nicht im eigenen Fett ersticken. Unter diesen Umständen geht natürlich der jungfräuliche Pazifismus der Hindenburg-Republik den Weg der jungfräulichen Ehre einer nach unglücklicher Liebe chemisch gereinigten deutschen Jungfrau, sie findet wieder Anschluß und schlürft in vollen Zügen ein, was man so den Sinn des Lebens nennt, auch wenn dieses Drauflgängertum schon einmal Schande und Aerger über die Familie und Familienbande brachte. Und eine kapitalistische Republik ohne imperialistische Ziele, ohne Willen, den „Platz an der Sonne" wieder zu erobern, ohne Reichswehr, ohne Flotte, ohne Schutz und ohne „Wacht am Rhein", — das ist in der Tat ein Ding wie eine deutsche Jungfrau ohne Mann. — Die deutsche Republik — wir haben dies schon öfter im einzelnen auseinandergesetzt — ist aus ihrer „pazifistischen" Aera heraus und fühlt sich stark genug, legal und vor aller Augen ihre Flotte neu aufzubauen, ihre Reichswehr in noch exaktere Ordnung zu bringen. Das ist der Sinn des Panzerkreuzers.

Hier ist also zu beginnen und die Frage aufzuwerfen: Wird die Sozialdemokratie dieser Republik „keinen Mann und keinen Groschen" geben, wie das zu alten Zeiten einmal, wenn auch nur scheinbar, Grundsatz war? Wer das erwartete und noch erwartet, der ist mit Blindheit gestraft. Der Reformismus

Klassenbewußte Arbeiter lesen die **„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"**
Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13

hat auch da seine Konsequenzen, wo sie Menschen nicht haben. Wer den „Schutz der Republik" will, der muß nicht nur wollen gegen den „inneren", er muß ihn auch wollen gegen den „äußeren Feind". Wer auf dem Boden der kapitalistischen Republik steht, der steht auch auf dem **Boden der Verteidigung** dieser Republik. Die „Landesverteidigung" dieser Republik, das aber ist der Krieg um **die heiligsten Güter der Nation". Die Sozialdemokratie macht also wahr, was sie 1914 sagte: „Sie läßt in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich."** Und weil sie durch die Ereignisse gezwungen wird, offen Farbe zu bekennen, bewilligt sie, was eben zu dieser Verteidigung gehört. Das sind keine Bratkartoffeln oder faule Eier: damit kann man das „Vaterland" nicht verteidigen. Das sind die **Mittel für die imperialistische Rüstung zu Wasser, zu Land, in der Luft** usw.

Die Sozialdemokratie und die mit ihr versippten und verschwägerten Gewerkschaften haben daran auch niemals einen Zweifel gelassen, wenigstens für den Teil der Arbeiter nicht, der gewöhnt ist zu hören und zu sehen, und der nicht den Kopf aus Furcht vor den Dingen in den Sand steckt. Die schwarz-weiß-rote Fahne, die der neue Kreuzer trägt, ist ein altes Vermächtnis des Sozialdemokraten Ebert, dessen Namen die Schiffe von Stinnes zieren. Die Sozialdemokratie hat niemals der Reichswehr die Mittel im Prinzip verweigert: sie hat sogar, als die legalen Möglichkeiten nicht ausreichten, die Fememordbanden organisiert, oder zumindest ihre Hilfe und ihr Schweigen in den Dienst dieser Landesverteidigung gestellt. Sie hat im Ruhrkrieg den „letzten Hauch von Mann und Roß" gepredigt, wenn auch die Form der Kriegführung auf diesen äußeren Glanz verzichten mußte. Aber niemals hat sie von ihrem Prinzip gelassen, und immer war die Wirkung auf das Proletariat gleich. In der „glorreichen" Zeit wurden die Proletarier massenweise durch die Kugeln der „Feinde" hingemäht; in der Revolution und Inflation durch Hunger und Zuchthaus erledigt. Am Ende steht nun die Republik, und sie bedarf keines Schutzes mehr, sie steht fest, fett und stark und schwingt die Peitsche über die Sklaven, die in dem Wahn befangen waren, sie sei das Tor, das zum Sozialismus führt.

Daß die Sozialdemokratie über einen kleinen Panzerkreuzer, der doch nur ein Teilchen in der Rüstkammer der kapitalistischen Republik ist, gestolpert ist, hat seine Ursache in der konkreten politischen Konstellation. „Das Kapital — sagt schon Marx — hat einen Abscheu vor Abwesenheit von Profit, oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn, mit zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden: zwanzig Prozent, es wird lebhaft; fünfzig Prozent, positiv waghalsig; für hundert Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; dreihundert Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streiks Profit bringen, wird es beide fördern."

Das „demokratische" Kapital, das diese Eigenschaften nicht mehr besitzt, ist jedoch auch von denen, die in der Fabrikation von Theorien schon einiges geleistet haben, noch nicht entdeckt worden. Mit der Gesundung und Festigung der Republik wurde die Hilfe, die dem deutschen Kapital durch die hundertprozentigen Republikaner aufgedrängt wurde, immer überflüssiger. Da jedoch das Geschwätz von der positiven Mitarbeit im Kapitalismus das A und O des Reformismus überhaupt ist, mußte die Sozialdemokratie trotzdem versuchen, „an der Macht" teilzunehmen; das heißt, in die Regierung zu kommen. Sie griff daher zu dem wüsten Opportunismus, dem Panzerkreuzer, an dem sie in Zukunft nicht den geringsten Anstoß zu nehmen gedachte, in den Mittelpunkt der Wahlpropaganda zu stellen, um die Massen zu ködern, auf die sie sich als Regierungspartei stützen kann. Das Kapital jedoch macht keine Konzessionen mehr, auch da nicht, wo sie nichts kosten. Nachdem das Proletariat niedergeworfen, in die Schlichtungsketten gefesselt, Militär und Polizei auf der Höhe und der Hungertod durch die Erwerbslosigkeit organisiert ist, und auf der anderen Seite die Prozente steigen von zehn zu zwanzig, von zwanzig zu fünfzig, hundert, dreihundert Prozent, wird das Kapital auch in der demokratischen Hülle kühn, positiv waghalsig, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens. Und wenn die „sozialistischen" Republikaner und sonstigen kleinbürgerlichen Phantasten immer wieder den militärischen Wert des Panzerkreuzers anzweifelten und darum bettelten, den Stein des Anstoßes zu beseitigen, an dem doch nichts verloren sei: es half alles nichts! Sie mußten schlucken, was sie selbst gepflanzt. Sie mußten selbst bekennen, daß ihre ganze Wahl„schlacht" ein lächerlicher demagogischer Trick war. Daß die „Macht" des Stimmzettels ein Drek und sie selbst erbärmliche Demagogen sind. Das Kapital regiert in Deutschland und rüstet. Es hat nichts zu sagen, daß der Gefechtswert des Kreuzers nicht ins Gewicht fällt. Der Auffakt ist immer erst die Demonstration, und überdies liegt die Kraft der imperialistischen Ueberlegenheit nicht mehr in Schiffen und Heeren, sondern in den Flugzeugen, den Giftgasen und in der ökonomischen Möglichkeit der Umstellung der Produktion auf Kriegsbedarf und den in der Produktion vorhandenen Reserven. — Die Hausknechte des Imperialismus dürfen um den Preis, daß sie sich selbst ohrfeigen nach allen Regeln der Kunst, weiter „Macht" ausüben. Das ist der Sinn, daß sie nicht „zurücktreten", sondern „noch mehr herausholen". Natürlich für das Proletariat. — Sie halten die Dummheit der Massen, mit der sie ihre armselige Politik bestreiten, eben für grenzenlos.

Aber sie sind mit ihrer Spekulation auf Massendummheit nicht allein. Die „kommunistische" Partei hat wieder einmal entdeckt, daß der Parlamentarismus und die Demokratie, die das deutsche Proletariat dahin brachte, wo es heute ist, nur „richtig" angewandt werden müsse, und es wäre eine Leichtigkeit, sich selbst am Schopfe aus dem Sumpf zu ziehen. Sie will wieder einmal, eingedenk der Kinderfabel, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgehe, durch eine parlamentarische Kirchweih, genannt „Volksentscheid", die Macht des Kapitals brechen. Wo ein geschichtliches Beispiel den Massen einen Augenblick die Augen öffnet für die wahren Verhältnisse, wo sie für einen Augenblick den Schwindel der Demokratie durchschauen, da eilt die KPD., den Massen möglichst rasch wieder die Augen zu verbinden. Das geradezu lächerliche Fiasko betreffs der Fürstenenteignung, so denkt sie, ist mittlerweile wohl vergessen, so daß die Möglichkeit gegeben ist, durch einen noch lauteren und noch wüsteren Opportunismus in die Domäne des Konkurrenten einzubrechen und den festgefahrenen Parteikarren durch die Wellen des parlamentarischen Kretinismus wieder loszuspülen.

Sie hat es groß nötig! Denn nichts wäre für sie gefährlicher, als die Erkenntnis, daß die Erstarkung des deutschen Kapitals nicht zuletzt mit Hilfe des „Arbeiterstaats" möglich wurde. Denn wenn schon — um die Herrschaften an ihrer eigenen Logik aufzuhängen — der Panzerkreuzer allein der „Fall" ist, so war die Belieferung der deutschen Reichswehr mit Granaten durch den „Arbeiterstaat" dem Verbrechen zumindest ebenbürtig. Aber auch das war ja nur ein Symptom der bürgerlich-konterrevolutionären Politik des heute kapitalistisch gewordenen Rußland. Wir haben den Schwindel von dem „sozialistischen Aufbau" schon wiederholt entlarvt und können uns heute mit der Feststellung begnügen, daß Rußland um die Freundschaft bürgerlicher Staaten wirbt und die „Prinzipien" der 3. Internationale die Arbeiter aller Länder, die mit Rußland ein Bündnis geschlossen haben, im Falle eines Krieges gegen einen anderen bürgerlichen Staat den Burgfrieden mit der Bourgeoisie fordern. Wie die Außenpolitik der Sozialdemokratie aus ihrer konterrevolutionären Innenpolitik die oben gezeigten Früchte reifen läßt, so zwingt die kapitalistische Restauration Rußlands die einzelnen Sektionen zum unlauteren Wettbewerb mit der Sozialdemokratie im Sumpf des Opportunismus, um sie von einer proletarischen Klassenpolitik abzulenken, davon abzulenken, daß heute jeder Reformismus nur notwendig in der Panzerkreuzer- und Granatenpolitik enden muß.

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Krieg und Revolution stellt jenen verhängnisvollen Kreislauf dar, aus dem das Proletariat schon oft durch die Wucht der Ereignisse aufgepeitscht wurde. Aber es sank immer wieder in die alten Irrwege zurück. Es wird begreifen müssen, daß alles Geschwätz über Verrat — der sich täglich vor seinen eigenen Augen vollzieht — nur ein Ausdruck mangelnden Klassenbewußtseins ist, nur ein Zeichen der eigenen Hilflosigkeit. Nur diese Selbsterkenntnis führt auch hier zur Besserung. Eine ernste Selbstbesinnung jedoch lehrt, daß die Massen sich von den konterrevolutionären Organisationen lossagen müssen, die Kraft aufbringen müssen, selbst proletarisches Schicksal zu gestalten. Dafür zu arbeiten, ist heute trotzalledem viel schwerer denn je — aber auch viel notwendiger. Die „alten Zeiten" kehren wieder, wenn auch unter anderen Verhältnissen, und nur die Partei, die dem Proletariat den Ausweg zeigt, kämpft für die proletarische Zukunft, für die von allen Verrätern verlachte Arbeiterrevolution des internationalen Proletariats. Zertrümmerung der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien und Zusammenschluß der Klasse in Betriebsorganisationen zum Kampf um die proletarische Diktatur. Das ist die notwendige Rüstung der Arbeiterklasse als Antwort auf die Rüstung des Kapitals.

Politische Rundschau

Parlamentarismus

Der „Sozialdemokratische Pressedienst" verbreitet einen Artikel des Vorsitzenden der SPD.-Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid, über den Panzerkreuzer, der das folgende wertvolle Geständnis enthält:

„. . . es stand von Anfang an fest, daß Zentrum, Deutsche und Bayerische Volkspartei den Bau des Schiffes wollten und seine Ablehnung im Kabinett mit dem Austritt aus der Regierung beantwortet würde . . . Kein Mitglied der Reichstagsfraktion, das den Gang der Verhandlungen über die Regierungsbildung aus nächster Nähe gefolgt war, durfte sich in diesem Punkte irgendwelchen Illusionen hingeben. **Indem wir uns zum Eintritt in die Regierung bereit erklärten, nahmen wir den Panzerkreuzer A mit in Kauf.** Immerhin waren wir berechtigt, anzunehmen, daß unsere führenden Minister mit Nein stimmen und andere Ausgaben, insbesondere solche für sozialpolitische Zwecke, für vordringlicher erklären würden, als die für den Schiffersatzbau. **Sie waren dazu auch entschlossen, aber nun mußten ihnen die Demokraten insofern einen Strich durch die Rechnung, als sie erklärten, sich in jedem Falle der Entscheidung der Sozialdemokraten anschließen zu wollen. Damit war eine Mehrheit für die Ablehnung entstanden, und das hätte die Krisis bedeutet, die unsere Genossen vermeiden wollten."**

Drastischer hat wohl noch niemand den „Kampf" der Parlamentarier angepranger, als dieser parlamentarische Kretin. Die SPD.-Minister waren „entschlossen" — aber da zeigte sich daß auch die Demokraten „entschlossen" waren. So war das aber nicht gemeint! Man hätte gern „dagegen" gestimmt, mußte aber die Gewißheit haben, daß so viel „dafür" stimmten, daß die Stimmen „dagegen" die Minderheit blieben. Da das nicht der Fall war, konnte man den „Kampf" aus Angst vor dem „Sieg" nicht aufnehmen. So zeigen die Parlamentsaffen den Arbeitern selbst, wie sie die Proleten an der Nase herumführen mit „Kampfanträgen", wenn man über die Ablehnung Gewißheit hat. — Aber die Proleten scheinen selbst dafür unempfindlich zu sein, wenn sie von ihren Parlamentsbonzen so offen durch den Dreck gezogen werden.

Der Sozialismus ist da!

Gegenwärtig finden eine Reihe Gewerkschaftskongresse statt, die, einer wie der andere, eben so sehr um das Wohl der Arbeiter, als auch um das Wohl der kapitalistischen Republik besorgt sind. Das ist natürlich nicht leicht; aber die „Bewährten" bringen das schon fertig. Ein klassisches Beispiel dafür lieferte Nörpel vom Allg. fr. Angestelltenbund, der — wir zitieren den Bericht der „Leipziger Volkszeitung" auf der Tagung des Deutschen Verkehrsbundes verkündete:

„Staat bedeutet Unterordnung des Staatsbürgers unter die Interessen der Allgemeinheit. Wir verlangen als Gewerkschafter. Unterordnung des Unternehmers unter die Interessen der Allgemeinheit. **Es ist ausgeschlossen, für unsere Seite zu verlangen, daß wir machen können, was wir wollen, wenn wir von den Unternehmern Unterordnung unter die Gesetze des Staates verlangen."**

Nachdem also Nörpel in aller Eile einen Staat erfunden hatte, der die „Interessen der Allgemeinheit" vertritt, wozu ihm vermutlich die bisherige „Lösung" der Wohnungsnot und die Kriegsrüstungen Neudeutschlands Anlaß gegeben haben, kam er auf die Frage der Verbindlichkeitserklärung im Schlichtungswesen. Er rechnete aus, daß nur fünf Prozent der Schiedssprüche verbindlich erklärt werden. **„Fünfundneunzig Prozent aller können sich frei auskämpfen!",** rief er triumphierend über das Uebermaß von Streikfreiheit im republikanischen Deutschland.

Nörpel hat sich die Sache da aber ein bißchen, sagen wir höflich, leicht gemacht! Es geht doch nicht um den prozentualen Anteil der Verbindlichkeitserklärungen, sondern um den prozentualen Anteil der hiervon betroffenen Arbeiter! Prüft man nämlich die Angelegenheit von dieser Seite, so stellt sich, wie schon zum Ueberdruß bewiesen — heraus, daß gerade die Schiedssprüche verbindlich erklärt werden, die eine große Zahl von Beschäftigten betreffen.

Doch es kommt noch schöner! Nörpel führte dann weiter aus:

„Ich stehe positiv dem Staate gegenüber und verneine, daß wir in der deutschen demokratischen Republik das Recht haben, von einem bürgerlichen oder einem kapitalistischen Staate zu sprechen; er ist ein Staat, in dem die kapitalistische Wirtschaftsordnung noch nicht überwunden ist . . . **Wo Genossen in allen Regierungen und Amtsstellen sitzen, kann man nicht vom bürgerlichen Staate sprechen."**

Wenn man diese Sätze studiert und immer wieder studiert, wenn man bedenkt, welche Rolle Herr Nörpel beim ADGB. spielt, muß man entsetzt sein über soviel Illusionen und Unkenntnis der Wirklichkeit. Diejenigen, die sich für die nüchternsten Realpolitiker halten, sind die größten Phantasten und Träumer, sind Anhänger einer Illusion von der größten Wirtschafts- und Weltfremdheit!

Wir sind nicht entsetzt über so viel Illusion und Unkenntnis der Oberbonzen. Höchstens — wenn man die Polemik der „L. V." als ehrlich unterstellt — über solches der „L. V.", die den Arbeitern einzureden sucht, daß die Oberbonzen auch ihrer eigenen Bürokratie irgendetwas mit Klassenkampf zu tun hätten — die Besitzer des Metallarbeiterverbandes haben auf ihrer Tagung auch noch eine andere Sache nett gemacht: Sie haben sich **monatlich 700 M.** bewilligt, dazu noch Auslösungsgelder und sonstige „Kleinigkeiten". Daß für diese Leutchen der „Sozialismus", wie sie ihn auffassen, da ist, darin besteht gar kein Zweifel. Daß jedoch die Arbeiter nicht merken, daß ihnen dieser „Sozialismus" eben so viel bringt, wie die Geldschränke ihrer Ausbeuter, das ist schlimm, sehr schlimm!

Der kapitalistische Friede

Coolidge — der Pazifist.

SPD London, 16. August (Radio). „Der amerikanische Staatspräsident Coolidge äußerte sich am Mittwoch auf der Jahrestagung der amerikanischen Legion des Staates Wisconsin u. a. auch über die Frage der Abrüstung. Von dem Kellogg-pakt sprach Coolidge als von einer „Revolutionierung internationaler Politik". Das Elend des Weltkrieges hätte man der Menschheit ersparen können, wenn dieser Vertrag um 1914 in Kraft gewesen wäre. Der Pakt berge eine größere Hoffnung auf Herstellung friedlicher Beziehungen in sich, als sie der Welt jemals geboten worden seien. Es wäre immerhin zuviel, anzunehmen, daß Kriege gänzlich verbannt werden könnten, aber durch den Pakt werde eine wichtige Schranke gegen den Krieg aufgerichtet. **An der Notwendigkeit, die Landesverteidigung auf angemessener Höhe zu halten, ändere der Pakt natürlich nichts. Amerika würde seine Selbstachtung verlieren und sich dem Spott der übrigen Welt preisgeben, wenn es allein die nationale Sicherheit vernachlässige."**

Italien.

Aus Genua wird die Fertigstellung eines neuen Kreuzers modernen Typs von 5000 Tonnen gemeldet. **Weitere zwei Kreuzer derselben Art sollen auf den Schiffswerften in Spezia und Triest auf Stapel gelegt werden.**

Griechenland.

TU London, den 15. August. Der Oberste Marinerat Griechenlands hat, wie aus Athen berichtet wird, **den Bau von vier Kreuzern und zwei Torpedobooten beschlossen,** die eine Geschwindigkeit von 36 Knoten in der Stunde haben sollen. Die Ausführung des Bauplanes kostet 40 Millionen Mark.

Frankreich.

TU Paris, 16. August. Auf einem Bankett in Lyon hielt Kriegsminister Painlevé eine Rede, in der er sich mit der Kritik eines Teiles der Sozialistischen Partei auseinandersetzte, die die von ihm für die Umbildung der Armee ergriffenen Maßnahmen als ungerechtfertigt bezeichnete. Er erklärte, **daß die Stunde für den Verzicht auf die Rüstungen noch nicht gekommen sei.** Jedes Ueberbordwerfen von Vertrauen oder an Großmut sei heute nicht am Platze und gefährlich. Deshalb halte er es für verpflichtet, **Frankreich eine Rüstung zu geben, die es vor Angriffen schütze.** Er glaube versichern zu können, daß diese Rüstung vorhanden sei.

Lutsch-Tropicen-Kommunismus

Der „Volkswille" erzählt in einer seiner letzten Nummern folgende Geschichte:

„Aus den Fingern gesogen.

Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft arbeitet gegen den Leninbund mit den Mitteln der Verleumdung und lächerlicher Unterstellungen. Unser Platz ist uns zu schade, um auf die dauernden tölpelhaften Anrempelungen einzugehen. Eine faustdicke Lüge der letzten Ausgabe der „KAZ." sei jedoch nachdrücklich zurückzuweisen. Sie behauptet, „auch die heutigen „Volkswille"-Leute gehörten mit zu der Garde, die von dem „Räuberhauptmann (Höltz, Red.) abrückten".

Die KAZ. erspart sich die Mühe, den Beweis für ihre perfide Behauptung zu erbringen. Vielleicht erzählt sie ihren Lesern, welche politische Haltung Schwarz im Jahre 1920 einnahm."

Die „anernden tölpelhaften Anrempelungen" dürften wohl in der Hauptsache die programmatischen Artikel unserer österreichischen und tschechoslowakischen Genossen sein. Ein Tölpel wird in jedem ernsthaften Versuch der Auffollung prinzipieller Fragen eine „Anrempelung" sehen. Das wird uns nicht hindern, diese „Anrempelungen" so lange fortzusetzen, als wir glauben, daß es noch Arbeiter im Leninbund gibt, denen es nur um die Sache geht, und die für eine prinzipielle Diskussion mehr übrig haben, als — tölpelhafte Anrempelungen. Die prinzipielle Auffollung des Falles Höltz machte es unvermeidlich, feststellen, daß sich gerade um die Zeit der mitteldeutschen Aktion die revolutionäre Bewegung spaltete. Diese Tatsache verpflichtet zu dem Aussprechen der Wahrheit, daß die damaligen Rechte — die VKPD. — Höltz als einen Räuberhauptmann bezeichnete und in Konsequenz dessen die KAPD., die die Taten von Hölz deckte, bekämpfte u. a. mit dem Argument (s. „Die Berliner KAPD." wäre von „Hölz-illiten" befallen. Die heutigen „Volkswille"-Leute, und damit deckten sie pöbelhaft die Verleumdungen ihrer Partei! Wenn sie eine „tölpelhafte Anrempelung" ist, so wirft das ein bezeichnendes Licht auf die tölpelhafte Art, wie alle im „Volkswillen" geschichtliche Tatsachen verzerrt, verdrehen und verfälschen. Diese Art bringt es, mit sich, die Stellung seiner eigenen Partei mit der Haltung von Personen rechtfertigen zu wollen, die sich von Tölpeln dadurch unterscheiden, daß sie aus dem Verrat der eigenen Partei die Konsequenzen ziehen, und sich der Partei anschließen, die unentwegt den revolutionären Weg geht. Eine solch bodenlose Dummheit stolpert natürlich nicht einmal über die Frage, ob denn die Entwicklung zum revolutionären Marxismus nicht ein Prozeß ist, und die revolutionäre Bewegung selbstmord begehen würde, wollte sie alle „verurteilen", die sich belehren lassen, durch Tatsachen oder Menschen. Wir wundern uns keine Tat, daß der „Volkswille" noch Propaganda machte, die er doch in jedem, den er gewinnt, ein Individuum selen muß, daß einmal, im Jahre so und so usw.

Aber so weit muß ein „Ismus" kommen, für den geschichtliche Tatsachen „Tölpelhaftigkeiten" darstellen. Er selbst hat Tatsachen nicht nötig, sondern konstruiert Phrasen, die man sich beliebig aus den Fingern saugen kann. In der Annahme, daß über das Stadium politischer Säuglinge hinaus keine Entwicklung möglich ist, glaubt man, die KAPD. ohne weiteres der eigenen Anhängerschaft als seines gleichen, vielleicht mit etwas anderen körperlichen Eigenschaften vorstellen zu können. Auf diesem Niveau genügen damit auch solch kindliche Mätzchen, die geradezu bezeichnend sind für den Lutschtropfenkommunismus der „orthodoxen Leninisten".

Unbeirrbare Kritiker

Wachsende KAP.-Hetze des Leninbundes.

Was die KPD.-Strategen in acht Jahren nicht schafften, — nämlich die KAP. politisch zu Tode zu hetzen — versucht jetzt Hugo Urbahns mit den kläglichen Resten seines Leninbundes in den Inseratenblättern „Volkswille" und „Fahne des Kommunismus". Von den giftigen Notizen des „Volkswille" („Volks"-Wille in einer Zeit, wo es um proletarische oder bürgerliche Klassenpolitik geht!) — in letzter Zeit sehen wir ganz ab, da sie unter aller Kritik stehen. Uns interessiert nur der Versuch des Leninbundes, gegen die KAP. auch so etwas wie eine ideologische Offensive zu unternehmen.

Das Memorandum der „Kommunistischen Arbeiter-Gruppe Oesterreichs", das in Nr. 43 der „KAZ." veröffentlicht ist, hat es den Leninbund-Führern besonders angetan. Sie sind ganz verärgert, daß trotz ihrer SOS-Rufe wieder eine leninistische Opposition als Beziehungen mit dem Leninbund abzubrechen hat und halten den österreichischen KAG.-Genossen deswegen in der sog. „Fahne des Kommunismus" eine Gardinenpredigt. Das letztere ist gewiß nicht weiter schlimm, da das Bekreuzigen vor dem KAP.-Geist zum täglichen Gebet aller Leninistenpäpste innerhalb und außerhalb des Moskauer Ehrenbunds gehört. Schlimm ist nur die politische Naivität, mit der auch die geistigen Leuchten des Leninbundes um die Seelen antikapitalistischer Kommunistischer Arbeiter ringen. Denn ebenso wie die italienischen Ekkipropheten wollten die Weisen des Leninbundes, die österreichische KAG. graulich machen mit der altbekannten Feststellung, daß die KAPD. die Machtlerobrung setzte vor den russischen Bolschewiki als eine im Grunde „bürgerliche Revolution" verlästert.

Wir halten es für völlig überflüssig, auf diesen alten Kalauer immer wieder ausführlich einzugehen. Gerade der Standpunkt der KAP. zur russischen Revolution und ihrer Entwicklung ist in diesen programmatischen Schriften so ge-

Der Panzerkreuzerkurs Moskaus

Die KPD. überschlägt sich vor innerem Wohlbehagen über das gefundene Fressen, daß für sie der Panzerkreuzer der SPD. ist. Wenn man jedoch den Eifer all der anrüchigen Gestalten beobachtet, die in der KPD. eine Rolle spielen, so sind die Bedenken derart, daß diese Herrschaften mit der „Entlarvung" etwas anderes im Sinne haben mögen, als eine prinzipielle Aufklärung des Proletariats, wirklich schlecht zu unterdrücken.

In der Tat hat die KPD. nur vor, mit dem Panzerkreuzer der SPD. von ihrer eigenen Panzerkreuzerpolitik abzulenken. Da die Arbeiter der KPD. — wenn ihnen der Kampf um proletarische Klassenpolitik ernst ist, ein Interesse daran haben müssen, jeden Panzerkreuzerkurs als Verrat zu entlarven wollen wir ihnen dabei behilflich sein, und ihnen von neuem einiges Material unterbreiten. Gegen die SPD. finden sie in ihrer „Roten Fahne" wohl genügend. Aber gegen den eigenen Panzerkreuzerkurs ist die KPD. begreiflicherweise gerade so schweigsam, wie sie mit dem Material gegen die SPD. freigebig ist.

Es handelt sich um die bereits **eingestandene** Bewaffnung der deutschen Reichswehr durch Rußland. Und nicht nur darum, sondern darum, daß Moskau die weitere Durchführung seines Panzerkreuzerkurses für notwendig hält, und weiter darum, daß die Bonzokratie der SPD. wenigstens noch den Mut zu einem verlogenen Verlegenheitsgestammel aufbringt, während die Moskauer Strategen ihre Panzerkreuzerpolitik frech und gottesfürchtig als „revolutionär" anpreisen.

So lezte Bucharin für die an anderer Stelle schon erwähnte Bewilligung von Millionen durch die Reichstagsfraktion der KPD. für die Panzerkreuzerpolitik der deutschen Bourgeoisie schon 1923 folgendes theoretische Fundament:

„Angenommen, ein Militärbündnis wäre von der Sowjetrepublik mit einem **Bourgeoisiestaat geschlossen, so würde es die Pflicht der Genossen eines jeden Landes sein, zum Siege des Blocks der beiden Verbündeten beizutragen."** „Rote Fahne" am 18. Januar 1923.

Im Falle eines militärischen Bündnisses Rußlands mit entscheidet, müßten also die KPD.-Mitglieder kräftig „Hurra" schreien! — wie ja auch die Sektionen der Türkei, Litauens, Afghanistans usw. das „revolutionäre" Vaterland verteidigen müssen. Diese Möglichkeit wird durch die Parole „Bündnis mit Rußland" ständig angestrebt, und niemand geringeres als Klara Zetkin sagte im Deutschen Reichstag laut Protokoll **vom 27. November 1925:**

„Deutschlands Zukunft beruht auf einer engen Interessengemeinschaft in wirtschaftlicher, politischer, und **wenn es sein muß, auch in militärischer Hinsicht mit der Sowjetunion. — Ich glaube sogar, im Gegensatz zu Herrn Abgeordneten Weis, daß es nicht so ausschlußlos ist, wie er sich das vorstellt, daß unter Umständen ein Zusammenwirken zwischen der Reichswehr und den Rotarmisten erfolgt."**

Daß das heute noch „möglich" ist, dafür liefert Bucharin die Beweise. Hören wir, mit welchen Argumenten er die Bewaffnung der deutschen Reichswehr in der Vergangenheit und Zukunft rechtfertigt:

Er sagte nämlich laut „Inprekorr" Nr. 11 vom 25. Januar 27, folgendes:

„Die deutschen Schwankungen und die englische Kriegspolitik.

Ich unterstreiche jedoch, daß sich die Widersprüche in dieser doppelten Art der Stellung der Frage gerade jetzt und zwar im letzten Zeitpunkt scharf zuspitzen. Gerade **diese Stellung der Frage der zwei Perspektiven (!!)** ist es, die gegenwärtig die verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Bourgeoisie von einander trennten. **Ihr wißt alle ausgezeichnet, daß Deutschland schon seit die friedlichste Tendenz uns gegenüber verkörperte,** wobei der Umstand eine ungeheure Rolle spielte, daß Deutschland vorübergehend einer nationalen Unterjochung, einer Erniedrigung, einer direkten Auspflünderung seitens der imperialistischen Staaten ausgesetzt war. Gewisse Kräfte hier übrigens, daß es sowohl unsere Partei, als auch sämtliche anderen kommunistischen Parteien gerade in Anbetracht dieser besonderen Lage Deutschlands mit vollem Recht für möglich gehalten haben, **sogar ein bürgerliches Deutschland gegen die Vergewaltigungen seitens der imperialistischen Staaten zu verteidigen.**

Lenin sprach noch während des imperialistischen Krieges von der Möglichkeit einer Perspektive, die sich im Gefolge des Weltkrieges und seiner Beendigung durch die vernichtende Niederlage irgendeiner der blühenden Staatsorganisationen des Imperialismus ergeben könnte, wobei diese Nation, selbst unter Beibehaltung des bürgerlichen Regimes in eine Lage geraten könnte, die sich von der, in der sie sich während des imperialistischen Krieges befand, radikal und prinzipiell unterscheidet. Aus Anlaß eines solchen Falles gerade hielt Genosse Lenin einen nationalen Befreiungskrieg gegen die Herrschaft des Imperialismus für möglich. **Ich glaube, daß dieser Fall in Deutschland nach der Beendigung des imperialistischen Krieges eingetreten war,** so daß der Sowjetstaat mit vollem Recht dem unterjochten **Deutschland seine Sympathie aussprechen konnte, während alle kommunistischen Parteien dieses Land, selbst unter den Verhältnissen des bürgerlichen Regimes, gegen die imperialistischen Staaten mit vollem Recht unterstützen konnten. Das konnte und mußte geschehen, weil Deutschland ein Land war, das gänzlich isoliert stand,** und der Kampf von seiner Seite von keinerlei imperialistischen Interessen und keinerlei imperialistischen Tendenzen getragen war. (!!!) Und wenn gegenwärtig einige Politiker des bürgerlichen Deutschland, ihre sozialdemokratischen Sprachrohre und die ultralinken Renegaten des Kommunismus versuchen, unsere Haltung in dieser Frage als eine Art Sündenfall oder Laster unsererseits hinzustellen, so können wir ihnen von dieser Tribüne aus nochmals erklären, daß die Kommunistische Partei unseres Landes und der von der Kommunistischen Partei geleitete Sowjetstaat stets und überall an der Seite aller unterdrückten, aller unterjochten **und sogar national-bürgerlichen Staaten stehen wird,** in jenen Fällen, in denen sie von allen Seiten von den imperialistischen Räubern angegriffen werden. **Das ist unsere Linie, diese Linie haben wir durchgeführt und werden wir durchführen, soweit solche Fälle sich auch in Zukunft ereignen sollten."**

Bucharin weist sodann nach, daß das „unterjochte" Deutschland heute wieder mehr Eilbogenfreiheit besitzt und kommt nun auf die wichtige Frage der weiteren „Unterstützung". Er bemerkt hierzu:

„Da aber Deutschland die Widersprüche der wirtschaftlichen Situation der Gegenwart besonders scharf und krankhaft empfindet und da es sich nach wie vor in den Daumenschrauben des Versailler Vertrages eingeklemmt befindet, so ist es durchaus natürlich, daß seine Politik in der nächsten Zeit dazu verurteilt ist, sich in Schwankungen zu ergehen **und daß unvermeidlich immer noch die versöhnlichen Tendenzen eines erheblichen Teils der deutschen Bourgeoisie in bezug auf die Sowjetunion zum Durchbruch kommen werden.**

Die Dinge liegen so, **daß Deutschland auch heute noch, wenn auch in unvergleichlich schwächerem Grade als früher, dennoch aber nach wie vor jenen Typ bürgerlicher Staaten darstellt, die uns gegenüber eine verhältnismäßig versöhnliche Politik betreiben."**

Das ist, in verständlicheres Deutsch übersetzt, das klare Eingeständnis, daß Rußland die deutsche Bourgeoisie mit Kriegsmaterial versorgt hat! Denn die „Unterstützung" Rußlands für das „unterjochte" kapitalistische Deutschland war — wenn sie überhaupt einen realen Wert haben soll — wirtschaftlicher, politischer und auch militärischer Art. Die militärische Unterstützung aber bedeutet Waffen- und Munitionslieferungen; was Bucharin ja mit keinem Wort bestreitet! Und Bucharin erklärt weiter: Diese „Unterstützung" des bürgerlichen Deutschland ist **„auch heute noch"** notwendig, weil der Hindenburg-Staat trotz seiner starken westlichen Orientierung **„auch wie vor eine verhältnismäßige versöhnliche Politik" gegenüber dem „ersten Arbeiterstaat" treibt!**

Wollen die KPD.-Arbeiter etwa noch mehr Beweise, daß die Bewaffnung des deutschen Konterrevolution durch Rußland eine ehrne und furchtbare Tatsache ist? Fürwahr, vor angesichts der eindeutigen Geständnisse des Komintern-Präsidenten noch nach Beweisen schreit, der wird auch blind sein, wenn ihm eine „Sowjet"-Granate auf den Frühstückstisch gestellt wird. Er wird über dem hysterischen Geschrei seiner Bonzen vergessen, daß dieses Geschrei nur angestimmt wird, um von Verbrechen der Komintern und KPD. abzulenken, um sie **„auch in Zukunft"** ungestört ausüben zu können. Wenn diese Dokumente einen Sinn haben, — und den haben sie! — dann müßte die Parole der KPD. eigentlich lauten: Es lebe der Panzerkreuzer, es lebe die Vaterlandsverteidigung der „versöhnlichen" „schwankenden" Hindenburgrepublik.

schöpfend dargelegt, daß jeder Interessent darüber in der Arbeiterbuchhandlung, Berlin SO 36, das reichhaltigste Material anfordern kann. Auch die Leninbundführer müßten als politische Ratzeber des Proletariats, die sie doch sein wollen, immerhin schon soviel wissen, daß die KAP. in dem bolschewistischen Sieg als solchen keine bürgerliche Revolution erblickt, sondern auf Grund der unbestreitbaren Tatsache der NEP. nur erklärt, daß Rußland mit seiner Oekonomie wieder auf die Stufe bürgerlicher Revolutionen zurückgefallen ist. Daß die NEP. ein Rückfall in kapitalistische Produktionsweise ist, kann man ja sogar bei Lenin selber nachlesen. Freilich, wenn es gegen die KAP. geht, machen selbst Gralshüter des Leninismus die drolligsten — antileninistischen Seitensprünge. In Anbetracht dessen überlassen wir die weitere Antwort an die „Fahne des Kommunismus" rühig unseren österreichischen Genossen, die in der russischen Frage mit uns durchaus gleicher Auffassung sind.

Grundsätzlich ist aber zu sagen notwendig, daß die Leninbund-Führer mit die unbrauchbarsten Kritiker des KAP.-Standpunktes sind! Nicht aus moralischen Beweggründen, sondern wegen ihres politischen Unvermögens, die umstrittenen Probleme der kommunistischen Revolution im positiven Sinne zu lösen. Hugo Urbahns und seine Gesinnungsfreunde wollen im Gegensatz zu den opportunistischen Komintern-führern revolutionäre Marxisten sein, und im besonderen Vertreter des unverfälschten Leninismus. Ihre Praxis sieht jedoch verdammt nicht danach aus. Was hat es zum Beispiel noch mit revolutionärem Marxismus zu tun wenn die Leninbundführer in der russischen Frage ständig erklären, daß das Programm der bolschewistischen Staatspolitik richtig ist, von den tonangebenden Stalinisten aber falsch ausgelegt wird; daß also nur ein Wechsel in der Führung der KPR. notwendig ist, um die kapitalistischen Uebel des „sozialistischen Aufbaues" Rußlands zu beseitigen? Das ist keine historisch-materialistische Erklärung der russischen Entwicklung mehr, sondern ein ein zinnoberroter Abklatsch jener bürgerlichen Geschichtsauffassung, wonach es bei den Kämpfen innerhalb einer Gesellschaftsordnung vornehmlich auf „große Männer" ankommt. Der „Marxismus" des Leninbundes besteht faktisch darin, daß er die gewaltigen in kapitalistischer Richtung wirkenden ökonomischen Kräfte Rußlands (d. h. die landbesitzenden Bauernmassen) leugnet oder zumindest übersieht und somit logischerweise an die Stelle des revolutionären Klassenkampfes der russischen Proletarier den Fraktionsstreit um die bolschewistische Parteifärbung setzt. Bei einer schon kleinbürgerlich-radikalen Weltanschauung ist es ganz erklärlich, daß die Leninbundführer trotz ihrer vernichtenden Kritik des russischen „Sozialismus" sich mit Herz und Hand dem Vaterland der Nep-Kapitalisten ergeben haben.

Ebenso negativ und arbeiterverwirrend ist die Stellung des Leninbundes zur parlamentarischen und gewerkschaftlichen Streitfrage des modernen Klassenkampfes. Die „marxistisch-leninistischen" Kritiker der KAP. wissen hier nichts besseres zu tun, als die opportunistische Melodie der ekklirnen Leninisten mit etlichen schrillen Zwischentönen weiterzusingen. Man braucht nur daran zu erinnern, daß die Jungfernreden der Parlamentarier und Gewerkschaftsbeamten der offiziellen KPD. genau so radikal waren, und man sieht klar voraus, daß Hugo Urbahns und Gen. mit ihrer neuleninistischen Taktik in denselben Kladderadatsch geraten müssen. Denn jede Politik, die heute nicht eingestellt ist auf die von dem parlamentarisch-gewerkschaftlichen Instanzenklüngel unabhängige Organisierung des revolutionären Massenkampfes, ist dazu verdammt, im alten reformistischen Gleis sich totzulaufen. Die Reaktion jeglichen Opportunismus in der Arbeiterschaft bleibt heute selbstverständlich nicht lange aus, auch bei der Politik des Leninbundes nicht. Der Uebergang der Sühler Urbahns-Anhänger zur Noske-Partei war nur die Folge davon, daß die Leninbundführer den KPD.-Reformismus kein anderes Programm als demagogische Spekulation auf den proletarischen Gefühlsradikalismus entgegen setzen konnten. Die Sozialdemokratie war noch immer der letzte Zufluchtsort für jene oppositionellen KPD.-Arbeiter, deren Kampf gegen den Opportunismus Moskaus sich nur in dem aussichtslosen Versuch der Eröffnung eines parlamentarisch-gewerkschaftlichen Konkurrenzladens erschöpfte. Einen solchen „Marxismus", der letztenendes auch nur den reformistischen Sumpf stabilisieren hilft, muß das revolutionäre Proletariat zum Leidwesen Hugo Urbahns ganz entschieden ablehnen.

Die KAP. ist gewiß keine Organisation, die hinter ihre ideologische Entwicklung schon den Schlußpunkt für alle Zeiten gesetzt hat. Wir haben aus den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts manches gelernt und werden solches auch in Zukunft tun. Wir haben aber auch aus der harten Schule des Klassenkampfes gelernt, daß regelmäßig jeder Kampf gegen die KAP. angezettelt ist von Führern, die hinter der Maske des Marxismus ihre kleinbürgerlichen Sonderinteressen mit den revolutionären Klasseninteressen des Proletariats verwechseln. Solchen Geschäftssozialisten die Maske erbarmungslos vom Gesicht zu reißen, war noch stets ein Dienst an der Arbeiterklasse. Auch die KAP.-Kritiker des Leninbundes tun gut, sich erst mal gründlich selbst zu kritisieren, damit sie nicht als lächerliche Schulmeisterfiguren vor dem revolutionären Proletariat dastehen.

Sacco und Vanzetti

Am 22. August 1927 wurden Sacco und Vanzetti von der amerikanischen Demokratie viehisch abgeschlachtet. Folgende Ausführungen sind dem Buch „Sacco und Vanzetti, ihr Leben und Sterben", entnommen.

Botschaft an Alle.

Wir fühlen, wir sind verloren und beschlossen, diesen Brief zu schreiben, um unsere Dankbarkeit und Bewunderung für alles, was ihr für unsere Verteidigung in den sieben Jahren, vier Monaten und elf Tagen des Kampfes getan habt, auszudrücken.

Trotzdem wir verloren sind und zu sterben haben, wird unsere Anerkennung und Dankbarkeit für Eure große Solidarität mit uns und unseren Familien nicht verringert.

Freunde und Genossen! Jetzt, da das Drama dieses Prozesses zu Ende geht, seid alle eines Herzens. Nur zwei von uns werden sterben. Unsere Ideale werden millionenfach leben, wir haben gewonnen, wir sind nicht vernichtet. Unsere Leiden, unsere Trauer, unsere Fehler, unsere Niederlagen, die Leidenschaft, mit der wir für die kommenden Kämpfe um die große Befreiung eintraten, werden ein Schatz von Erfahrungen für die Zukunft sein. Seid alle einmütig in dieser dunkelsten Stunde unserer Tragödie! Seid tapfer! Grüßt in unserem Namen alle Freunde und Genossen!

Wir umarmen Euch alle und bieten Euch unser letztes Lebewohl.

Euch allen ein langes Leben für die Freiheit!

Euer im Leben und im Sterben.

Bartolomeo Vanzetti. Nicola Sacco."

Millionen warten . . .

Wie die Angehörigen eines geliebten Menschen sich um sein Sterbelager versammeln, um sich gegenseitig Mut und Kraft einzuflößen, so sammelte sich in Gedanken die Millionenfamilie der Arbeiterklasse in allen Kontinenten der Erde um das Totenhaus in Amerika, als der 22. August nahte. Ein alles überwindendes Gefühl der Kameradschaft verband die Menschen aller Nationen, Rassen und Sprachen.

In Boston war die unterdrückte Aufregung überall zu spüren. Man fühlte die Millionen Augen, die auf die Stadt gerichtet waren. Tauende wanderten durch die Straßen, in denen berittene Polizei aufmarschierte. Panzermotorräder vorbeieilten, Bajonette und Maschinengewehre drohten. Das Gefängnis war von Polizeitruppen umringt, die besonders die Tore zum Totenhaus bewachten. Auf den Dächern wurden Maschinengewehre aufgestellt, deren Läufe auf die Straße gerichtet waren. Die Feuerwehr war in Alarmbereitschaft, um die Wasserschläuche auf die unruhigen Massen zu richten, die Polizei stand schußbereit. Auf dem nahen Flusse patrouillierten Polizeiboote. Als die Sonne sank, warfen große Bogenlampen ihr gespenstisches Licht auf die Straße und Scheinwerfer spiegelten über den Häusern. In ihrem Licht sah man die aufgepflanzten Bajonette blitzen. Das Totenhaus war in einem Umkreis von mehreren hundert Metern mit Tauen abgesperrt, und nur Inhaber von besonderen Ausweisen konnten passieren. Hinter den Tauen standen die Massen und starrten versteinert auf das Gefängnis, in dem das Fürchtbare geschehen sollte . . . auf das Gefängnis, in dem das Fürchtbare geschehen sollte . . .

In Neuyork waren am Nachmittag Zehntausende auf dem Union Square versammelt, die dem Rufe des Verteidigungskomitees gefolgt waren.

Als die Kundgebung zu Ende war, zingen die Massen nicht fort, sondern zogen ruhelos durch die umliegenden Straßen. Bereits Stunden vor Mitternacht versammelten sie sich vor dem Eingang des „Freiheit"-Gebäudes. Viele Tausende folgten auch dem Rufe der Sozialisten, die in einer Kirche, die oft für sozialistische Versammlungen benutzt wird, eine „Totenwache" abhielten. Die gesamte Polizei war mobilisiert und in der Nähe des Versammlungsplatzes wurden mehrere Kompagnien Soldaten bereitgehalten, um auf ein Signal hin einzugreifen. In Philadelphia, Chicago, San Francisko löste die Polizei verschiedene Versammlungen auf, wobei es zu blutigen Zusammenstößen kam. Ein Soldat der Staatstruppen in Pennsylvanien wurde getötet, als sie eine Protestversammlung von mehreren tausend Bergarbeitern in der Nähe von Pittsburgh zerstreuten.

Dreihundert Männer und Frauen marschierten in Boston vom Denkmal der Schlacht bei Bunker Hill nach dem Gefängnis, aber eine Polizeitruppe von achthundert Mann trieb sie auseinander. Über hundert Personen wurden verhaftet, weil sie vor dem Regierungspalast „Posten standen". Ein junger Bergarbeiterführer, Powers Hapgood, wurde sogar in ein Irrenhaus gebracht und dort zwei Tage festgehalten, weil er trotz mehrerer Verhaftungen immer wieder protestierte.

Bürgerrechte sind nur ein Kinderspielzeug für friedliche Tage, das man in den Tagen des Kampfes um Leben und Tod achtlos zerbricht . . .

Ungefähr um 10 Uhr vormittags erschien der Gouverneur in seinem Büro. Er schien gut geschlafen zu haben und war vorzüglicher Laune. Sein feistes Gesicht lächelte den Reportern, die ihn umringten, freundlich zu.

„Ein herrlicher Morgen, nicht wahr, Jungens?", redete er sie an.

Niemand antwortete: „Der Gouverneur schien von ausgezeichneter Gesundheit und in bester Laune zu sein," notierte der Korrespondent der „Times". Berge von Telegrammen erwarteten den Gouverneur, aber er las sie nicht. Während des ganzen Tages wurden noch Tausende von Telegrammen aus allen Teilen der Welt abgeliefert.

Den ganzen Tag hindurch klopften Delegationen an Fullers Tür. Der Gouverneur war wirklich in ausgezeichneter Laune. Er schüttelte allen die Hand. Er lauschte und lächelte. Ja, natürlich, er würde die Sache erwägen . . . Ist heute nicht ein wundervoller Morgen? Aber meine Pflicht ist mir durch das Gesetz vorgeschrieben. Oz man brauchte keine Sorge zu haben. Es ist ein herrliches Gesetz an diesem herrlichen Morgen.

Einige ihm wohlbekannte Männer brachten eine neue Petition, unterschrieben von hunderten der bekanntesten Schriftsteller und Denker. Damen der Gesellschaft, gerührt durch die Tragödie, fuhren in ihren Limousinen vor, um den Gouverneur zu erweichen. Eine Delegation von Juristen aus New York erschien. Der Gouverneur deuten auf das Beweismaterial hin, und machte auf Einzelpunkte des Gesetzes aufmerksam. Im „Gesetz" und „Beweismaterial" ist kein Platz für Gnade oder auch nur gesunden Menschenverstand vorhanden. Aber er würde die Sache natürlich in Erwägung ziehen . .

Eine Gruppe nach der anderen kam aus dem Büro des Gouverneurs heraus, vernichtet von der erfolglosen Mühe, das sadistische Lächeln des Gouverneurs zu unterbrechen. Aber es kamen auch andere Delegationen, die Fuller zufrieden verließen. Zu ihnen gehörte der Kommandant der Amerikanischen Legion des Staates Massachusetts, der Fuller das Versprechen gab, daß die Legion wie eine Mauer hinter ihm stehen werde.

Spät abends erschienen zwei weinende Frauen, Rosina Sacco und Luiga Vanzetti. Sie sprachen zu dem fetten, selbstzufriedenen Mann von Liebe, von Kindern, von Barmherzigkeit. „Es tut mir leid", sagte er in regelmäßigen Abständen. „Meine Pflichten sind mir durch das Gesetz vorgezeichnet". Den Frauen folgten die Verteidiger Thompson, Musmanno und andere und sprachen über dieses Gesetz. Erst nach sieben Uhr abends erklärte seine Exzellenz den Verteidigern, daß keinerlei Aufschub zu erwarten sei.

Es war ein anstrengender Tag für den Gouverneur, aber sein Lächeln blieb freundlich, jovial. Ein paar Minuten nach Mitternacht wurde ihm mitgeteilt, daß die Hinrichtung begonnen habe. Er wartete nicht, bis sie vorüber war — der Mechanismus arbeitet verläßlich. Er fuhr befriedigt nach Hause . . .

Und drüben im Yellowstone Park, in Wyoming, ließ sich der Präsident der Vereinigten Staaten den ganzen Tag filmen und photographieren. In seinem Arbeitszimmer häuften sich die Telegramme und Kabel aus aller Welt. Das hatte bis morgen Zeit. Coolidge war müde. Er legte sich zu Bett, ehe der elektrische Strom eingeschaltet war . . .

Aber Millionen schliefen nicht. Zwei der Ihren wurden ermordet!

•

Sacco und Vanzetti waren Anarchisten. Aber als sie zuerst verhaftet wurden, war das von ihren Feinden am meisten gegen sie gebrauchte Wort „Bolschewik". Das war der Begriff, der im Jahre 1920/21 alle Furcht und allen Haß der Kapitalisten in sich schloß.

Sacco und Vanzetti waren Opfer der kapitalistischen Gesellschaft.

Sie starben für die Arbeiterklasse der Welt.

Oeffentliche Versammlung

Freitag, den 31. August, abends 7,30 Uhr,
Kindl-Brauerei, Neukölln, Hermannstraße,
„Der Panzerkreuzer der sozialdemokratischen Parteien".

Arbeiter, erscheint in Massen. Weitgehendste Redefreiheit in der Diskussion zugesichert.

Unterbezirke Neukölln der KAP. und AAU.

Wirtschaft

Die Krise

Selbst aus den Berichten der Landesarbeitsämter geht bereits hervor, daß eine **Abwärtsbewegung der Konjunktur** vor sich geht, vor allem im rheinisch-westfälischen Bergbau, aber auch in der Textilindustrie. Davon ist auch Sachsen mit betroffen, man sind an der letzte Zeit vermehrte Betriebsstillegungen auch in der Metallindustrie zu verzeichnen gewesen. Im einzelnen ist aus den Berichten der Landesarbeitsämter folgendes zu entnehmen:

Im Ruhrbergbau hat sich die Arbeitsmarktlage **weiter verschlechtert.** In den Zechen, die der Vereinigten Stahlwerke A.-G. angehören, kamen in der Berichtswoche insgesamt 1400 Bergarbeiter und 25 Angestellte zur Entlassung. Außer diesen Entlassungen sind zum 15. August weitere umfangreiche Kündigungen erfolgt, so daß für die Zukunft mit einer **verstärkten Belastung des bergbaulichen Arbeitsmarktes** gerechnet werden muß. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist die Lage unverändert günstig. Die niedersächsische Kaliindustrie war weiter aufnahmefähig, bei teilweisem Mangel an jüngeren Förderleuten. In der rheinisch-westfälischen Hüttenindustrie bestand nur vereinzelt Bedarf an Facharbeitern. **In der metallverarbeitenden und Maschinenindustrie sind in Schlesien, Westfalen, Rheinland und Hessen** Anzeichen eines **schwachen Rückganges im Beschäftigungsgrad** nicht zu verkennen. Auch in **Sachsen** deuten Stillegungen und vermehrte Kurzarbeit auf eine leichte Konjunkturverschlechterung hin. Die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken waren bei steigender Aufnahmefähigkeit weiterhin befriedigend beschäftigt. In der Werftindustrie war die Beschäftigung in der Berichtswoche recht verschieden. Die Elektroindustrie war wie in den Vorwochen gut beschäftigt, ebenso die optische Industrie. In der chemischen Industrie zeigte sich bei **hohem Beschäftigungsgrad** weiterhin Aufnahmefähigkeit. Im **Spinnstoffgewerbe** hat sich die Lage **weiter verschlechtert. Die Absatzschwierigkeiten** der **Textilindustrie** führten insbesondere in Sachsen, Mitteldeutschland und Schlesien zu weiteren Betriebseinschränkungen und vermehrter Kurzarbeit. In einzelnen Bezirken hat sich die **Zahl der arbeitsuchenden Textilarbeiter** gegenüber dem Herbst vorigen Jahres **verdoppelt.** Die Strumpffabriken waren in Sachsen flott beschäftigt; es fehlte an Facharbeiterinnen. Die Trikotagenindustrie arbeitete im Bezirk Chemnitz mit doppelten Schichten. Das Bekleidungsgewerbe ist bei vereinzelten örtlichen Besserungserscheinungen noch überwiegend ungenügend beschäftigt. Die Herren- und Damenmaßschneiderei liegt sehr danieder. Der flaue Geschäftsgang in der Schuhindustrie ist insbesondere in Berlin und vereinzelt in Mitteldeutschland zum Stillstand gekommen. In der Lederindustrie ist — im ganzen gesehen — eine weitere Abschwächung in der Beschäftigung nicht zu verkennen. Das Holz- und Schnitzstoffgewerbe war — wie in den Vorwochen — örtlich recht verschieden beschäftigt. Über gute Geschäfte konnte die Möbelindustrie. Die Pianofortefabriken klagen allgemein über Absatzmangel. Im Baugewerbe ist vereinzelt eine weitere Besserung in der Beschäftigung zu verzeichnen.

Die Verschlechterung der Konjunktur kommt in der Zahl der Arbeitslosen vorläufig noch nicht zum Ausdruck, weil immer noch, zumal wegen des kühlen und feuchten Wetters in Norddeutschland die Erntearbeiten schwer in Gang kommen, ein starker Bedarf an Arbeitskräften für Erntearbeiten besteht.

•

Das **Institut für Konjunkturforschung** stellt fest, daß im Juli die Zahl der Arbeitsuchenden zum ersten Male höher war als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Zwar haben das Baugewerbe und die Bauhebengewerbe eine noch beträchtliche Anzahl von Arbeitskräften eingestellt, auch in der Landwirtschaft sei eine Verringerung der Zahl der Arbeitsuchenden eingetreten. Dagegen müsse man in der Textilindustrie, im Bergbau, im Vervielfältigungs- und im Bekleidungsgewerbe eine Zunahme im Angebot an Arbeitskräften feststellen. Besonders schlecht habe sich der Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte entwickelt, was mit der Konjunktur in der Textilindustrie und im Bekleidungsgewerbe zusammenhänge.

Auf Grund dieser Beobachtungen kommt das Institut zu dem Schluß, **daß in den nächsten Monaten mit einer Entlastung des Arbeitsmarktes nicht gerechnet werden könne.** Im bisherigen Verlauf des Jahres habe sich das Angebot an Arbeitskräften in den Saisonberufen von 1 278 000 auf 557 000, d. h. um 721 000 verringert, gegenüber einer Abnahme von 1 365 000 auf 524 000 — 841 000 in derselben Zeit des Vorjahres. Nimmt man an, daß sich auch weiterhin die Aufnahmefähigkeit der Saisonberufe ähnlich wie bisher und in Uebereinstimmung mit der Arbeitsmarktlage im Jahre 1927 entwickele, so wäre noch mit einer **Verringerung des Arbeitsangebotes bis September 1928 um rund 140 000 Arbeitskräfte zu rechnen.** Das sei aber nur möglich, wenn sich der Konjunkturrückgang in den nächsten zwei Monaten nicht wesentlich verschärfe. Von Oktober an müsse mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit eingesetzt und zwar schätzt das Konjunkturforschungsinstitut, daß sich die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden rein saisonmäßig von Juli 1928 bis Ende 1928 **um mindestens 800 000 bis 850 000 erhöhen wird.**

Organisatorische Mitteilungen

An alle Ortsgruppen.

Der nächsten Auflage des „Kampfruf" liegt eine Anzahl einseitiger Kopfblätter der heutigen Ausgabe der „KAZ." bei. Die Ortsgruppen müssen für die schnellste Plakatierung derselben Sorge tragen. GHA.

Groß-Berlin

Nachruf.

Der Genosse Karl Kues, Charlottenburg, ist 60 Jahre alt gestorben. Er war seit Gründung der KAPD. ein eifriger Verfechter unserer Idee. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 25. August, 3,30 Uhr, nachmittags auf dem Friedhof Stahnsdorf statt.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: B. Schwemann, Berlin-Britz. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

Empfehlenswerte Bücher.

Luxemburg: Die neue russische Revolution	0,25
Massenstreik, Partei und Gewerkschaften	0,50
Briefe aus dem Gefängnis	0,70
Liebknecht: Klassenkampf gegen den Krieg	0,50
Reden und Aufsätze	4,50
Marx: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte	3,—
Engels: Der Deutsche Bauernkrieg	2,—
Gorter: Offener Brief an den Genossen Lenin	0,50
Der Bonzenspiegel	0,80
Die KPD. im eigenen Spiegel	0,75

Zu beziehen durch die
Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36
Lausitzer Platz 13.

9. Jahrg Nr. 51

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 1. September 1928
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Stimmzettel gegen Panzerkreuzer oder Massenaktion gegen Kapitalismus?

„Volksentscheid" ist wieder einmal die Parole. Vorausgesetzt natürlich, daß die demokratische Erlaubnis dazu erteilt wird. Wird diese versagt, dann wird es natürlich nichts mit der Wiederholung der welterschütternden Drohung:

„SPD. und KPD. ziehen jetzt an einem Strick.

Diese Einheit, Proletarier bricht den Fürsten das Genick."

Nun, man hat bekanntlich bei dem ersten „Volksentscheid" niemand das Genick gebrochen. Die Bourgeoisie hat sich an diesem Affentheater ergötzt, weil sie die Wut der empörten Untertanen nicht sicherer ableiten konnte, als durch ein Schauspiel, das zuletzt zu pornographischen Exzessen ausartete. Und die SPD. konnte sich nichts besseres wünschen, als die Propaganda der KPD., daß man mit Hilfe der SPD. „den Fürsten" — und gemeint waren natürlich die Kapitalisten, — das Genick brechen könne. Dabei war die Schlage — wenigstens für die Naiven, auf die man spekulierte — in der Fürstenabfindungsfrage eine viel klarere. Es ging um mehr Millionen, als bei dem Panzerkreuzer. Trotzdem war das Fiasko — schon rein stimmzettelmäßig gesehen — deutlich genug. So deutlich, daß man ein bißchen nachdenken sollte!

Nun soll der Panzerkreuzer vernichtet werden. Noch mehr. „Das Volk", von dem — nach der Logik der Volksentscheidler — wieder einmal „alle Macht" ausgehen soll, dieses „souveräne Volk" soll entscheiden, daß fürder nicht etwa alle Rüstungen zu Wasser, in der Luft, zu Lande, geheim und öffentlich, zu unterbleiben haben. Nein. Das kann selbst die KPD. dem Vaterland nicht antun. Um allen aufgeblasenen Kleinbürgern und pazifistischen Schwärmern gerecht zu werden, hat man die Formel gewählt: „Der Bau von Panzerschiffen und Kreuzern ist verboten." Ursprünglich stand hinter Kreuzer noch „aller Art". Das war noch zu radikal. Schon diese letzte „Formulierung" stößt bei den Kleinbürgern auf starke Bedenken.*) Vielleicht kommt letzten Endes, um eine Einheitlichkeit zu erzielen, noch eine untertänige Bitte an die Regierung zustande, die vorgesehene Kaliberstärke zu verkleinern. —

Diese „eingesparten" Mittel sollen verwandt werden zu „Kinderspeisung, Wohnungsbau und sonstiger Fürsorge aller Art. Zirka 30 Organisationen haben sich bereits zum Kampf gestellt. Neben diversen Gesangvereinen, Laubenkolonisten, Kaninchenzüchtern etcetra auch der sonstige fortschrittliche Mittelstand mit namhaften bürgerlichen Professoren an der Spitze. Auch die christlichsoziale Reichsparteiparteipartei